

# Stiftungen – privater Einfluss mit Steuergeldern subventioniert

## Zum Vortrag von Matthias Holland-Letz: Scheinheilige Stifter in Schulen

Bericht von Herbert Storn

**Matthias Holland-Letz, GEW-Mitgliedern durch seine Veröffentlichungen in der EuW und durch die „Privatisierungs-Reports“ bekannt, referierte über „Scheinheilige Stifter in Schulen“. Grundlage war sein Buch „Scheinheilige Stifter – Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden“, Köln 2015.**



*Matthias Holland-Letz: Scheinheilige Stifter. Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden. Köln 2015 (Backstein-Verlag) 12,90 €*

**In der anschließenden Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, sich nicht nur darüber zu empören, sondern als Gewerkschaft die Auseinandersetzung wieder aufzunehmen, wie sie in Bezug auf die Bertelsmann-Stiftung schon geführt worden ist. Dieser Vorschlag ist inzwischen in den beiliegenden Beschluss der Delegiertenversammlung des GEW Bezirks Frankfurt gemündet, der entsprechend beim Landesverband und Hauptvorstand eingereicht werden soll (vgl. FLZ 1-2018, S. 15). Wie zu hören ist, soll sich auch der DGB-Bundesvorstand mit ähnlichen Gedanken tragen.**

**Von daher beschränkt sich der Bericht auf Ergänzungen.**

Die Wirkung von Stiftungen in der öffentlichen Meinungsbildung ist nicht zu übersehen. Ob es gesponserte Projekte an den Schulen sind oder Gutachten oder sonstige Vorschläge – die Stiftungen geben vielfach den Ton an, allen voran die mächtige Bertelsmann-Stiftung.

Auffallend ist zunächst die Explosion der Zahl der Stiftungen seit der Reform des Stiftungsrechts unter Schröder-Fischer 2000 und Merkel/Müntefering 2007: Von Ende 1999 bis 2014 von etwa 8.000 auf fast 21.000. „Schätzungen zufolge besitzen sie ein Gesamtvermögen von 100 Milliarden Euro.“ (Scheinheilige Stifter, S.12)

**Die Ziele insbesondere der Unternehmens-Stiftungen lassen sich so zusammenfassen:**

- Netzwerke bilden für die Beeinflussung von Öffentlichkeit und Politik
- Eintreten für eine Privatisierungs- und Ökonomisierungspolitik und damit für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für steigende Gewinne und gegen Gewerkschaften. Es gibt inzwischen über 1.000 Stiftungslehrstühle an Hochschulen.

- Steigerung des Nutzens für das eigene Unternehmen
- Steuerersparnis: Hierfür gibt es vier Wege:
  - Sonderausgabe bei der Einkommensteuer des Stifters (z.B. Unternehmen) und steuerfreie Spenden
  - Spendenquittungen für Zuspender
  - Einkünfte der Stiftungen sind steuerfrei
  - Vererbung oder Schenkung an Stiftung bleiben steuerfrei

Es gibt keine Veröffentlichungspflicht!

Entscheidend dabei ist, dass der Staat Stiftungen als gemeinnützig einstuft und sie dadurch viele Privilegien genießen, etwa das Recht, auf Einnahmen keine Steuern zu zahlen. „Hier wird privater Nutzen vom Fiskus mit vielen Millionen, womöglich sogar Milliarden Euro gefördert!“

Wer als reiche Privatperson eine Million Euro in eine Stiftung steckt, bekommt vom Finanzamt fast die Hälfte zurück.

Handelt es sich um Anteile an einem Unternehmen, so lässt sich erreichen, dass die Stiftung die Unternehmensgewinne steuerfrei erzielt.

Die Robert-Bosch-Stiftung beispielsweise besitzt 92% des Weltkonzerns Robert Bosch GmbH mit 357.000 Beschäftigte und einem Umsatz von 64 Milliarden Euro 2014.

Die Bertelsmann-Stiftung besetzt rund 75% des Bertelsmann-Konzerns mit über 100.000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 16 Milliarden Euro.

Die Possehl-Stiftung in Lübeck besitzt 100% der Anteile am Mischkonzern L. Possehl & Co mbH mit rund 12.000 Beschäftigten und 3 Milliarden Euro Umsatz 2014. Mit den Vorteilen aus der Steuer finanziert sie die Sanierung von Schulen in Lübeck. Verkehrte Welt!

Prof. Hedtke sagt: „Eine gemeinnützige Stiftung, die derart massiv und schamlos zugunsten der Geschäfte des Stifterunternehmens agiert, dient faktisch dessen privaten, unternehmerischen Interessen.“ (Scheinheilige Stifter S.114) Und Holland-Letz fragt: „Darf die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung ein Feld bestellen, auf dem der Bertelsmann-Konzern ernten will?“

Leider verweisen auch Gewerkschafter immer dann gern auf Studien solcher Stiftungen, wenn sie vermeintlich ein gemeinsames Anliegen befördern. Auf diese Ambivalenz wies Holland-Letz besonders hin.

Es sei deshalb unumgänglich, wenigstens die vorliegenden Reformvorschläge zur Kenntnis zu nehmen und in einen politischen Diskurs einzutreten. Anscheinend ist die Materie für viele aber so kompliziert wie undurchschaubar, denn tatsächlich findet die Auseinandersetzung kaum statt. Die Vorschläge, wie sie Holland-Letz am Ende seines Buches unterbreitet, werden faktisch nicht zur Kenntnis genommen.

Dabei gibt es gegenwärtig einen akuten Anlass, denn es läuft immer noch das Gemeinnützigkeits-Aberkennungsverfahren für attac, das 2014 vom Finanzamt Frankfurt ausging!

Der folgende Antrag der Bezirksdelegiertenversammlung (vgl. FLZ 1-2018, S. 15) soll deshalb einen Beitrag für die öffentliche Debatte und schließlich politische Schritte liefern.

*Aus: Frankfurter Lehrerzeitung 1-2018, S. 15*